

Bezugspreis:
Vierteljahr 2.50 M., monatlich 10 Pf. —
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatslich 10.— M., zzgl. Zu-
stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland und Ostpreußen 16.50 M.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmal Zustellung 21.50 M. Postbe-
stellungen nehmen an Ostpreußen,
Litauen, Estland, Lettland, Finn-
land, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz — Eingetragene in
die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
„Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Wort und Tat“ und der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ erscheint
wöchentlich zweimal, Sonntags und
Feiertags einmal.

Telegramm-Adresse:
Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Kopierzeile
kostet 5.50 M. „Kleine Anzeigen“
das festgedruckte Wort 1.50 M. (zu-
läufig zwei festgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.— M. Stellengeld
und Schließelangelegenheiten das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
50 Pf. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Zeile 1.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zuwerdungsschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 8 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schluß
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197

Donnerstag, den 17. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54

Vom preussischen Wahlkampf.

An die Preußenwähler!

Oberschlesien steht vor der Abstimmung. Diese soll entscheiden, ob Oberschlesien ein Bestandteil der deutschen Republik bleibt und damit die ober-schlesische Kohlequelle dem deutschen Wirtschaftsleben erhalten wird. In Preußen tobt der Wahlkampf. Die Propaganda der preussischen Reaktionäre leiert den polnischen Chauvinisten und Militaristen Wasser auf ihre Mühlen. Der alte Preußengeist wird wieder auferstehen, sagen die Polen der ober-schlesischen Arbeiterklasse, die bei der Abstimmung den Ausschlag gibt. Die Preußenwähler müssen das Gegenteil beweisen. Durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels müssen die Wähler dafür sorgen, daß das Vertrauen der ober-schlesischen gemischtständigen Bevölkerung in eine freiheitliche Entwicklung Deutschlands gesichert wird. Die Reaktion hat in dem alten System in Oberschlesien Organe gesiezt. Es war eine allgütliche Erscheinung, daß Arbeiter neben ihrer wirtschaftlichen Anebenung körperlich mithandelten. Deshalb leidet die ober-schlesische Arbeitnehmerschaft in großer Sorge, daß in Deutschland die Reaktion wieder erstarkt und ans Ruder kommt und sie dann wieder denselben Drangsalierungen ausgesetzt sind. Diese Sorge beeinträchtigt die deutsche Abstimmungsentscheidung der Oberschlesier und bedeutet deshalb eine Gefahr für eine günstige Abstimmung.

Preußenwähler! Oberschlesien muß der deutschen Republik erhalten bleiben.
Ihr müßt dafür sorgen, daß die Reaktion niedergeschlagen wird. Freiheit und Fortschritt müssen siegen; deshalb stimmt sozialdemokratisch!
Der Aktionsausschuß der Sozialdemokratischen Partei und der freien Gewerkschaften.

Canhaue, Karger, Franz

Der Wettbewerb der Scharlatane.

In einem Flugblatt der Deutschnationalen Volkspartei lesen wir folgendes unfreundliche Urteil über den benachbarten Staat Stresemann:

„Bohnt es noch einmal Deutsche Volkspartei zu wählen? Wo ist der „Wiederaufbau“, den sie versprochen? Prahlreich rühmt sie sich, uns von den roten Ketten zu befreien. Nach der Reichstagswahl wäre sie am liebsten mit den roten Kettenwännern in eine Regierung hineingegangen, wenn diese ihr nicht einen Korb gegeben hätten. Wie liebt sie zur Judenfrage? Wie denkt sie über die Monarchie? Ist sie unbedingt zuverlässig im Kampfe für die Erhaltung eines starken ungeteilten Preußen? Vor den Wahlen immer, nach den Wahlen niemals! Zu oft hat sie uns durch ihre Handlungen enttäuscht! Ausnahmebeweise müssen wir den Deutschnationalen zustimmen: Ihr Urteil über den Scharlatanismus der Deutschen Volkspartei trifft durchaus zu. Fragt sich nur, ob die womöglich noch unerschämteren Scharlatane der Deutschnationalen Volkspartei das Recht haben, über das restlose Versagen ihrer etwas gemäßigteren Kompilzen auch nur ein Wort zu verlieren; eine jede Partei, die in der jetzigen Situation das Blaue vom Himmel den Wählermassen verspricht, wie es die beiden Rechtsparteien vor den Reichstagswahlen getan haben und übrigens auch jetzt vor den Landtagswahlen tun, handelt, unehrlich. Sobald sie die Verantwortung als Regierungspartei mitübernimmt, muß sie enttäuschen. Nur weil die Deutschnationalen bisher in der Opposition geblieben sind, können sie sich diese Angriffe gegen die Volksparteier leisten.“

Rebenbel bemerkt: Wie stellt sich die durch und durch deutschnationale „Tägliche Rundschau“ zu diesen Anklagen gegen die Partei ihres Schriftleiters, des deutschvolksparteilichen Reichstagsabgeordneten Rippler?

Wähler, merkt auf!

Wahlrechtsfeinde.

Am 2. Februar 1918 erklärte Abg. v. d. Osten (konservativ) das gleiche Wahlrecht für unehrlich und unchristlich; seine Ueberzeugung von der politischen Unreife des preussischen Volkes sei ewig unerschütterlich.

Jetzt führt derselbe v. d. Osten die Deutschnationale „Volks“partei. Bei der Verabschiedung der neuen Verfassung der preussischen Republik forderte er namens der beiden Rechtsparteien an Stelle des „mechanisch gleichen“ Wahlrechts ein Wahlrecht, „abgestuft nach der Bedeutung der einzelnen Wählerschichten für die Allgemeinheit“.

Gehilfe.

Der Zentrumsabg. Kürup gab dem alten Nachtwillen der Kirche in dem Satze Ausdruck: „Die Schule ist eine Hilfsanstalt der Kirche.“ (Stenogramm, Spalte 321.)

Der Deutschnationale Matichewitsch gab zu, daß seine Parteifreunde bei Schulforderungen immer sagten: „Ich sü dafür, wenn's nicht kost.“ (Stenogramm, Spalte 3219.)

Beamtenfeinde.

Das Beamtenprogramm der Rechtsparteien sollte der Vorsitzende der volksparteilichen Fraktion, Dr. v. Richter, in die

Worte: „Ein Beamter, der auf Orden und Titel Anspruch erhebt, ist mir viel lieber als ein Beamter, der viel Geld verlangt.“ (25. September 1919.)

Der deutschnationale „Beamtenvertreter“ Haseloff protestierte gegen den Aufstieg unserer und mittlerer Beamter. Was not tue, sei mehr Ordnung und Disziplin in der Beamtenenschaft. (Stenogramm, Spalte 4796.)

Brotwucherer.

„Wir können uns nicht auf die Dauer den Luxus leisten, das billigste Brot in der ganzen Welt zu haben.“ (Zentrumsabgeordneter Dr. Küsters am 5. November 1919.)

„Der Preis (von 25 M. für den Zentner Kartoffeln) ist unerhört. Aber es ist eine Schuld des jetzigen Systems, daß derartig hohe Preise herauskommen. In einer gesunden Wirtschaft, wie wir sie unter dem freien Handel hatten, können derartige Preissteigerungen nicht einreten.“ So sprach der deutschnationale Abg. von der Osten am 18. Juni 1919. Der freie Handel in Kartoffeln wurde eingeführt — und der „unerhörte Preis“ verdoppelte sich!

Profittreiber.

Die volkswirtschaftliche Grundweisheit der Rechtsparteien besteht in dem Satz des volksparteilichen Abg. Dr. Seidig: „Wir müssen

Privatangestellte!

Handlungsgehilfen, Techniker, Werkmeister, Bureauangestellte!

Ihr führt täglich einen schweren Kampf um eure Existenz. Alle eure Forderungen stoßen stets auf den erbitterten Widerstand der kapitalistischen Unternehmer, ganz gleich, ob sie Deutschnationale oder Demokraten sind, ob sie zur Deutschen Volkspartei oder zum Zentrum gehören. Eure Lebenslage wird aber dauernd von ihnen verteuert. Diesen Unternehmerparteien am 20. Februar keine Stimme.

Nur die Sozialdemokratie

vertritt eure Forderungen, schützt und erweitert eure Rechte, kämpft gegen die kommunistische Zerschlagung eurer Gewerkschaften.

Deshalb wählt S.P.D.

das egoistische Interesse anstehen.“ (Stenogramm Sp. 4789.)
Wie das zu verstehen ist, erläuterte der deutschnationale Abg. Reuhaus: 100 000 M. Geschäftsgewinn in den Händen der Inhaber eines Geschäfts kommen der Allgemeinheit (!) zugute. . . . In den Händen von 1000 Arbeitern bedeuten sie aber wöchentlich noch nicht 2 M. Diese werden mit ausgegeben. (Stenogramm Sp. 6487.)

Arbeiter, Angestellte und Beamte, denkt daran!

Kommunistische Rohheit.

Heute früh prangten an zahlreichen Straßenecken Berlins Plakate, die auf den ersten Blick den polizeilichen Fahndungsplakaten ähnlich sehen wie ein Ei dem anderen. Als aber das sensationslüsterne Publikum herbeiströmte, um die Schauer des neuesten Kriminalfalles zu genießen, fand es als Text die Geschichte von der Ermordung Rosa Luxemburgs, und an der Stelle, wo sonst das Bild des Verbrechers steht, die Photographie der Ermordeten! Zum Schluß aber hieß es: „Wählt kommunistisch!“

Wir haben in den letzten Jahren zu unserer früheren Parteigenossin Rosa Luxemburg in schärfster politischer Gegnerschaft gestanden, aber wir müssen doch sagen: Das hat sie nicht verdient! Diese kulturell hochstehende Frau würde sich vor Ekel über solche Wahlmethoden geschüttelt haben. Eine geschichtliche Tragödie wird hier zur gemeinen Morität herabgewürdigt, bloß um die Aufmerksamkeit der Straßengänger auf sie zu lenken, bloß um den Wahlschrei andringen zu können: „Wählt kommunistisch!“

Die S.P.D. hat sich mit überstürztem Eifer zum Parlamentarismus bekehrt, und diese Ueberstürzung erklärt manches. Aber so weit darf der Wandlung nicht gehen, daß man, um ihn zu befriedigen, das Andenken seiner eigenen Toten schändet.

Altpreussischer Wahlterror.

Mit bewundernswertem Spürsinn schnüffeln die reaktionären Parteien herum, wo sie etwas entdecken könnten, was nach amtlicher Wahlbeeinflussung aussieht. Daß die preussische Regierung gewagt hat, einen objektiven Tätigkeitsbericht herauszugeben, erscheint diesen Herrschaften als unerhörte amtliche Wahlmacherei. Die Nichtausgabe von Wahlkarten bei der jetzigen Wahl genügt dem „Total-Anzeiger“ zu der Verdächtigung, die Regierung wolle den Wählern bürokratische Hindernisse in den Weg legen. „Gegen das neue Preußen des Terrors“ ist eine beliebte reaktionäre Wahlparole.

Demgegenüber wollen wir die Herrschaften einmal daran erinnern, was wirklicher Wahlterror ist. Kein Staat hat hierin so erkleckliches geleistet, als das altjunckerliche Preußen. Die zynische Dreistigkeit, mit der im alten Preußen unter der öffentlichen Stimmabgabe jeder irgendwie abhängige Redner zur Wahl kommandiert wurde, ist schlechthin nicht zu übertreffen.

Im Jahre 1855 erließ z. B. der Minister des Innern von Westfalen zur Einleitung des Wahlkampfes einen amtlichen Erlaß, der mit den Worten beginnt:

„Es ist bei früheren Wahlen die Erfahrung gemacht worden, daß manche Staatsbeamte auf Seiten der Opposition gestanden und in deren Sinn agitiert haben. Das Ansehen der Staatsregierung wird hierdurch in hohem Grade beeinträchtigt, und es deshalb dringend erforderlich, daß einem solchen Auftreten mit Rücksicht auf die bevorstehende Neuwahl des Hauses der Abgeordneten entschieden entgegengetreten werde.“

Im Abgeordnetenhaus verteidigte Herr von Westfalen diesen Erlaß mit den Worten:

„Glaubt ein Beamter, daß er nach seinem Gewissen für den Kandidaten der Regierung nicht stimmen könne, so ist es seine Wahl, ob er der Stimme des Gewissens folgen will; dann mag er aber auch sein Amt niederlegen.“

Noch viel deutlicher wurden die dem Minister nachgeordneten Behörden. So verteidigte der Regierungspräsident von Minden, ein Herr Peters, daß ein Auftreten gegen die Regierung Seiner Majestät des Königs in keinem Fall geduldet werden könnte, vielmehr strenge Abmahnung nach den Bestimmungen des Disziplinargesetzes zu erwarten haben würde.

Ein Regierungsrat Dr. Hahn verteidigte am 7. Februar 1856 solche und ähnliche Erlasse mit dem offenen Bekenntnis, es sei Pflicht der Regierung, die konservative Partei, die ihrer Natur nach schlaff ist, im voraus anzuregen und zu organisieren.“ Über Herr Dr. Hahn erklärte noch mehr: Man habe den Landräten gesagt, daß der Ausfall der Wahlen in ihrem Kreis ein Probierstein für ihre Tüchtigkeit sein würde! — Also, Landrat, mache gute Wahlen — oder du fliegst!

Wie machte der Landrat die Wahlen? Dafür ein paar Beispiele: Der Abgeordnete v. Morawski berichtete im Abgeordnetenhaus, daß der Landrat Wocke einen Schulmeister, der schwerkrank zu Bett lag, aufgefordert hat, aufzustehen und für die Regierung zu wählen, oder würde seines Amtes verlustig gehen. — Ein Schullehrer Hedenbach wurde nach Aussage des liberalen Abgeordneten Rathis vor den Landrat geladen und zur Erklärung darüber aufgefordert, warum er „bei der letzten Wahl der höheren Aufforderung entgegen für die Kandidaten der Opposition gestimmt habe“. Dabei war diese Opposition die ganz liberale Partei Bethmann-Hollweg. — Der Landrat des Kreises Hirschberg Herr v. Gravenitz zog fünf Gebirgsführern ihre Konzession als Gebirgsführer, weil sie oppositionell gewählt hatten, und erklärte im Abgeordnetenhaus — er war selbst Abgeordneter — trohig und herausfordernd: er werde in ähnlichen Fällen ähnlich verfahren.

Ueberhaupt kannte der Zynismus der Junker keine Grenzen, wenn man ihnen den offenkundigsten Wahlterror vorhielt. Ein Herr v. Brittnow erklärte, die Terroristen hätten dem Befehl der Behörde nicht aus Furcht, sondern aus „Vertrauen“ Folge geleistet. Ein Herr v. Breithaupt höhnte, die tatsächlich festgestellte Drohung sei noch kein Beweis ihrer Wirklichkeit. Den Vogel aber schoß der Rundschau der „Kreuzzeitung“ Ludwig v. Gerlach mit dem jesuitischen Auspruch ab:

„Die wahre Freiheit besteht darin, daß man den richtigen Einflüssen unterliegt. . . . Man ist gewiß nicht frei, wenn man in seinen Handlungen dem Zufall preisgegeben (!) ist. Nichts ist der Freiheit wesentlicher als die Notwendigkeit.“

Womöglich noch schärfere Formen nahm der Wahlterror unter Bismarck an. Im Jahre 1863 eröffnete der Minister des Innern Graf Eulenburg den Wahlkampf mit einem Erlaß, der den v. Westfälischen noch übertrumpfte. In diesem Erlaß hieß es:

„Wer als Beamter geschworen hat, dem König, seinem obermächtigsten Herrn, untertänig, treu und gehorsam zu sein“, ist dieses

Gibes weder als Wähler noch als Gewählter verbunden, und wenn Se. Majestät den Weg vorgezeichnet, auf welchem seine Beamten ihn begleiten sollen, so sind alle zum Gehorchen verpflichtet.

Das bedeutet: Die Beamten mußten genau so wählen, wie es die Regierung befahl. Ein Schulze namens Schuhleucht in Farchen, der sich daran nicht gehalten hatte, erhielt von dem Landrat v. Puttkamer in Demmin folgendes Schreiben:

Sie haben ungeachtet meiner Warnung gestern als Wahlmann für die dem König und seiner Regierung feindliche Partei gestimmt. Durch dieses Ihr Verhalten als Wahlmann haben Sie sich der Achtung und des Vertrauens, die Ihr Beruf erfordert, unwürdig gezeigt und sind nicht länger fähig, das Ehrenamt eines Gemeindevorsetzers zu versehen.

Der Landrat des Kreises Friedland in Ostpreußen, ein Herr von Gottberg, gab ganz offiziell einen Erlaß heraus, in dem er erklärte, daß die Wiederwahl der bisherigen liberalen Abgeordneten sich nicht mit der Treue gegen den König vereinigen lasse, und daß er als Kommissarius der königlichen Regierung die Wahl der beiden konservativen Kandidaten empfehle. Solche Fälle landräulicher Wahlbeeinflussung ließen sich noch Tausende anführen.

Mit den Landräten wetteiferte das Militär. Ein Rittmeister von Neperind im Garde-Husarenregiment schrieb an den Bäckermeister Lanzmann in Potsdam: Weil der Meister nicht im Sinne Seiner Majestät des Königs gewählt habe, entziehe er ihm die Schrippenlieferung für die Schwadron. Ein Kommandanturbefehl verbot den Soldaten, bei 28 namentlich aufgeführten Gewerbetreibenden zu kaufen, weil diese oppositionell gewählt hatten. Einer wurde auch proskribiert, weil er der Wehl ferngeblieben war. Auf seine Beschwerde antwortete ihm ein Major von Plathe lakonisch: „Warum haben Sie nicht gewählt?“

Auch unter Bismarck kamen wieder die seltsamsten Definitionen von Wahlfreiheit zum Vorschein. So kündete ein Amtsvorsteher Herr von Saldern in folgender Form die Wahlen an:

Se. Majestät, unser allergnädigster König und Herr, hat befohlen, daß am 20. d. M. die Wahlen stattfinden und ausgesprochen, daß nur in dem Falle frei gewählt wird, wenn die Wahl auf solche Personen fällt, welche im Sinne und Willen Sr. Majestät und seiner Minister stimmen.

Und dann folgt in dem Erlaß eine geharnischte Drohung: Urmähler, die dem Befehl entgegen handeln, werden, wenn sie Arbeiter in der Forst oder in den Oekonomieen sind, entlassen, den Beamten der Forst, der Oekonomie usw., wenn sie nicht konservativ stimmen, wird gekündigt werden, die Handwerker werden keine Aufträge mehr erhalten, mit den Kaufleuten wird Schlussrechnung gemacht werden, wer eine Wohnung gemietet oder Acker- und Forstland gepachtet hat, wird mit der nächsten zulässigen Frist herausgeschickt! Und dasselbe wird angekündigt auch für den Fall der Wahlenthaltung!

Es war das System der öffentlichen Wahl, das diesen schamlosen Terror ermöglichte. Und eben aus diesem Grunde wurde es nicht beseitigt. Die Deutschnationalen und Rechtsliberalen verteidigten ihr „Recht auf Wahlterror“ mit Klauen und Zähnen erfolgreich bis zum 9. November 1918. Das hier dargestellte System von Schemlosigkeit wurde geschickt von denselben Leuten, die jetzt heuchlerisch über Wahlbeeinflussung lamentieren, ohne den geringsten Grund zu Beschwerden zu haben.

Wähler, verteidigt am Sonntag eure Wahlfreiheit gegen die reaktionären Wahlferrortisten!

Der baltische Ministerrat hat die allgemeinen Wahlen auf den November festgelegt.

In England sollen einer Meldung des holländisch Neuwsbureaus zufolge die Wahlen für das Osterparlament am 5. April stattfinden. Das Parlament wird dann im Juni zusammentreten.

Ist dies mein Preußen?

Ist dies mein Preußen? — fragte der alte Friedrich Wilhelm, als er aus dem Grabe stieg und die Berliner Straßen voll emsiger, fleißiger Menschen fand. Früher, wenn der König mit seinem Prügelsold durch die Straßen ging, wagte kein Mensch, sich draußen blicken zu lassen. Jetzt ist kein König da, und die Bande wimmelt herum wie ein Ameisenhaufen.

Ist dies mein Preußen? — fragte der abige Gutsbesitzer, als die Landarbeiter ihm ihren Tarif vorlegten. Früher hätte ich den Kerls eins ins Gesicht geschlagen oder sie mit Hundes vom Gutschef jagen lassen.

Ist dies mein Preußen? — fragte der Leutnant d. R. Schneiditz: Früher bekam untereins vom Schwiegerpapa fünfzigtausend Mark im Jahr Arbeitslosenunterstützung. Jetzt muß man sich mit ein paar lumpigen Mark täglich begnügen.

Ist dies mein Preußen? — fragte der Oberlehrer, als ihm ein Schüler auf die Frage nach großen Männern Marx und Lassalle nannte. Früher hätte man solchen Bengel wegen groben Unfugs angepörrt oder er wäre einfach geflogen.

Ist dies mein Preußen? — fragte der Pastor, als ihm eine Mutter ihr unehelich Geborenes stolz zur Taufe brachte. Früher hätte man solch Frauenzimmer ins Spinnhaus gesperrt. Jetzt verlangen sie sogar noch Gleichberechtigung. Lucian.

Arthur Segal, der bei Frankel (Kühnauer 13) eine Kollektionsausstellung hat, gehört zu den Künstlern, deren Schaffen im wesentlichen von verstandesmäßigen Erwägungen geleitet wird. Eine bestimmte, sehr persönlich geformte Weltanschauung bildet nicht nur den Ausgangspunkt, sondern ist auch für die Gestaltung aller Einzelheiten entscheidend. Der Grundgedanke lautet ungefähr: Vor dem Künstler sind, wie vor Gott, alle Dinge gleich. Eine Bildkomposition hat daher keinen beherrschenden Schwerpunkt, sondern sie setzt sich zusammen aus nebeneinander geordneten Flächenstellen. Nicht Subordination, sondern Koordination ist das Prinzip. Konsequenterweise soll das einzelne Gebilde auch als Ganzes keinen geschlossenen, gegen die Außenwelt abgrenzten Organismus bilden, sondern seine Linien- und Farbentöne strahlen über die Umrahmung hinaus und ordnen so — nach der Absicht des Künstlers — das Kunstwerk dem gesamten Universum ein. Das Kompositionsschema, das den meisten Bildern Segals zugrunde liegt, besteht aus einer Anzahl gleich großer Quadrate, deren jedes eine farbige Grundstimmung in der ganzen Skala ihrer Helligkeitsgrade zeigt, und zwar so, daß der betreffende Farbton in einer Ecke ganz leicht einsetzt und in der gegenüberliegenden dunkel ausklingt. Die benachbarten Quadrate rufen mit ihren hellen bzw. dunklen Ecken aneinander.

Ich will mich mit der Theorie Segals, die hier vor kurzem ausführlicher dargelegt wurde, nicht auseinandersetzen. Jede Auffassung der Welt und der Kunst, sofern sie ernst und ehrlich ist — und daran

Das gesunde Ueberfliegenabkommen.

Wie wir bereits in unserer heutigen Morgenausgabe mitteilten, ist die Kündigung des Ueberfliegenabkommens im Ruhrbergbau durch die Bergarbeiterorganisationen erfolgt. Wir erfahren dazu von sachmännischer Seite, daß die Aufhebung der Ueberfliegen schon seit längerer Zeit infolge des Gesundheitszustandes der Bergarbeiter ins Auge gefaßt war. Aus Hunderten von Schreiben und persönlichen Vorstellungen der Arbeiter aus dem Bergbau ist zu ersehen, wie die Ueberarbeit auf die körperliche Verfassung weicher Kreise der Arbeiter gewirkt hat. Schon aus diesem Grunde ist es daher unmöglich, eine solche Ueberarbeit, wie sie im Bergbau seit annähernd Jahresfrist geleistet worden, in dem Umlange noch beizubehalten. Hinzu kommt aber auch die Lage auf dem internationalen Kohlenmarkt, wo das Ausland augenblicklich schon als Konkurrent auftritt. In England und Frankreich Betriebsstillegungen und Feierschichten, während in Deutschland die Bergarbeiter durch Ueberanstrengung ihre körperliche Gesundheit untergraben mußten. Im Saarrevier waren die Mitglieder der Bergarbeiterorganisation bereits gezwungen, an vier Tagen Feierschichten einzulegen wegen Abstrahmangel. Im Ruhrrevier kann die Eisenbahn seit längerer Zeit den Abtransport der Kohle nicht in dem Maße bewältigen, als wie die Förderung pro Schicht ergab, so daß größere Mengen als Halbenbestände angesammelt worden sind.

Des weiteren hat sich aber auch ein größerer Unwille in der Bergarbeiterschaft angesammelt wegen der Verschleppungstaktik in der Sozialisierungsfrage des Bergbaues. Statt daß die Regierung endlich mit einem Gesetzentwurf vor die Öffentlichkeit trat, ist diese Frage in Körperstellen hineingetragen worden, die sich die größte Mühe geben, möglichst lang und breit darüber zu reden, aber wenig praktische Arbeit leisten. Man kann es daher verstehen, wenn die Bergarbeiterschaft endlich des weiteren Hinzögerns müde geworden ist.

Ob es in den nächsten Tagen zwischen den beteiligten Interessenten zu weiteren Verhandlungen kommt, steht noch offen.

Die Affäre Levi.

Briefe, die man absichtlich verliert?

Die „Freiheit“ veröffentlichte bekanntlich vor einiger Zeit einen Brief Levis an den Berliner Geheimverreter Moskows, der von ernstem Zorn zwischen der Berliner Filiale und dem Moskauer Zentralbureau Kunde gab. Dieser Brief sollte von Levi im Reichstag verloren und von unabhängigen Abgeordneten gefunden worden sein, und die „Rote Fahne“ sprach beharrlich von einem „gestohlenen“ Brief. Dazu meldet sich nun die „Freiheit“ mit folgender Bemerkung:

Da wollen wir doch einmal feststellen, daß Levi den Brief verloren hat, und zwar an einer Stelle, daß die Finder annehmen mußten, Levi wünschte, der Brief möge gefunden werden, um durch die Veröffentlichung die Aufmerksamkeit seiner Leute auf seine Rotlage Moskows gegenüber zu lenken. Es ist übrigens nicht das erste Mal, daß Levi Schreiben an das Exekutivkomitee „verliert“. Vielleicht werden wir gelegentlich noch andere veröffentlichen.

Nach kommunistischer Auffassung war die Veröffentlichung des Levi-Briefes eine Denunziation, da sie die Polizei auf die Spur des Berliner Geheimagenten von Moskows lenken konnte. Hätte nun die „Freiheit“ mit ihrer sensationellen Behauptung recht, so wäre Levi selbst der „Denunziant“ gewesen, und er hätte eine Doppelrolle gespielt, durch deren Aufdeckung er als Politiker ein für allemal erledigt wäre. Der B.R.P.D. wäre dann nur noch zu konsolidieren, daß sie einen solchen Vorfällen gehabt hat. Auf die weitere Entwicklung dieser eigenartigen Angelegenheit darf man also gespannt sein.

darf man bei Segal nicht zweifeln — besteht zu Recht. Es fragt sich nur, wie die Theorie im praktischen künstlerischen Schaffen zum Ausdruck kommt. Und da kann ich nur sagen: Segals Werke wirken auf mich nicht überzeugend. Ich werde durch sie keineswegs in jene vom Künstler erträumte Sphäre entrückt, die, von menschlich-irdischen Wertungen ungetrübt, ein reines Spiegelbild des Kosmos gibt. Ich habe vor diesen Gemälden fast nur den nüchternen Eindruck einer buntschwedigen Monotonie, die im einzelnen nicht paßt und als Ganzes ermüdet. Der Versuch als solcher ist zweifellos interessant, und er ist kennzeichnend für das revolutionäre Kunstwollen unserer Zeit. Es ist auch möglich, daß andere auf diesem neuen Wege zu dem erstrebten Ziel gelangen. Dem Pfadfinder selber ist es — nach meinem Empfinden — bis jetzt verjagt geblieben. J. E.

Beobachtungen an den Berliner Schimpansen. Der Berliner Gesellschaft für Anthropologie führten Prof. Hech und Prof. Köhler die Schimpansen der Teneriffa-Station vor, die im Auftrage der Berliner Akademie der Wissenschaften vor dem Kriege dort insbesondere zu psychologischen Arbeiten beauftragt worden war und nun, da die Kosten in spanischem Gelde zu teuer wurden, nach Berlin gebracht worden ist. Nach dem Transport in Einzelkäfigen war es — so berichtet Hech — eine ruhende Begrüßung, als sich die sechs Schimpansen nun hier um den Hof stellten. Aber nach dieser mitleidigen kam gleich die lässliche Begrüßung: das Zeigen des Hinterkopfes. Während man bisher in Europa immer nur sehr vermenslichte Exemplare solcher Tiere gesehen hat, kann man nun sehr viel reiner, tierischer gebliebene beobachten. Das früher „Laufen“ genannte gegenseitige Bearbeiten stellt sich ungezügelt fast gänzlich als eine systematische Hauptpflege, besonders der unbeharrten Teile, und als Geschlechtsfrage heraus. Der Grund dazu ist vorläufig dunkel, aber jedenfalls haben dank dieser Pflege die Affen keinerlei Pöbel im Gesicht. Ihr Geschlechtsleben gab besonderen Anlaß zur Beobachtung. Das eine Männchen, das gesundheitlich nicht ganz normal ist (es ist stark rachitisch), Sultan genannt, stand ursprünglich 5 Weibchen gegenüber. Diese zeigen als Entartungserscheinung offenbar eingelebte homosexuelle Handlungen, die gewiß nicht ursprünglich sind. Denn ihnen steht gegenüber die neue Beobachtung Dr. Reichenows, der von Gorillas familienhaft gebaute Nester von einem Elternpaar und ihren Kindern gefunden hat, die sich nur durch monogame Haltung dieser Menschenaffen erklären lassen.

An die Ausstellungen des Hech schlossen sich Intelligenzversuche durch Prof. Köhler. Eine Apfelsine wurde hoch an der Decke aufgehängt und Affen in den Käfig gebracht. Obwohl die Tiere das Kunststück seit 1918 nicht gemacht hatten, probierten dann mehrere sofort einen Kiffenaufbau, stellten sie hochkant und verglichen, bis sie Ab sprung von der obersten die Apfelsine erreichten konnten. Das Ganze wurde mit vielem Getöse, aber starker Konsequenz ausgeführt. Die Weibchen erwießen sich, obwohl sie das Vorfahren offenbar nicht interessiert, durchweg regloser als der etwas pflegemäßige Sultan. Dann bekamen sie Stangen hineingereicht und nun sollten sie mit diesen den Abprung zu der aufgehängten Apfelsine versuchen. Das taten sie aber nicht, sondern kletterten wieder auf die Affen und hielten mit gutem Augennuß von dort aus nach der Apfelsine. Aber diese war so befestigt, daß ihnen kundenlange Ausdauer im Zuschauen nichts nützte.

Mißbilligung und — Vertrauensvotum!

Am Sonntag hielten die Kommunisten in München eine Mitgliederversammlung ab, in der der Berliner Kommunist Kemele über den Parteikonflikt referierte. Die recht lebhaft diskutierte nationalabolfchewistische Seiten sprünge der Münchener Thomas und Graf erklärte. Die scharfe Beurteilung des nationalistischen Verhaltens dieser Rubendörffinger wurde mit Überzähligkeit angenommen. Der zweite Punkt besagter Entschliegung aber lautete kurz und knapp:

Die Mitgliederversammlung spricht den Genossen Otto Thomas und Otto Graf weiterhin ihr Vertrauen aus. Diese Erklärung wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Den Widerspruch beider Punkte der gleichen Entschliegung zu lösen, müssen wir den Kommunisten überlassen; die Berliner „Rote Fahne“ verzichtet jedenfalls auf eigene Stellungnahme zu dieser allerdings recht verzwickten Angelegenheit.

Der harmlose „Hauschuh“.

Es ist einigermaßen heiter anzusehen, wie die Putschisten links und die Putschisten rechts einander behandeln. Gelingt es den Deutschnationalen, eine angeblich frischentdeckte Rote Armee — die meist aus 6 bis 10 Mann besteht — zu „enttüllen“, so reorganisieren sich die Kommunisten, indem sie schleunigt irgendeinen Feldzugsplan der Urgesch aufdecken. Beide Parteien pflegen nach einiger erregter Diskussion ihre Publikationen als Fälschungen — natürlich der anderen Seite — zu bezeichnen. In ihrer heutigen Morgenausgabe veröffentlicht nun die „Rote Fahne“ Druckschreibmaterial, das nicht ganz belanglos zu sein scheint. Enthält doch die photographische Wiedergabe des Originalbriefes des Generalsekretärs Basberg vom Deutschen Ostmarkenverein allerhand interessante Angaben. Dieser Brief wurde von dem Studentrat Kleinwächter am 17. Januar beantwortet, wobei ihm das interessante Geständnis entlockte, daß er der Organisator und Hauptling einer geheimen Orgesch von 600 Mann sei, die sich in Hindenburg befinden „Hauschuh“ nennt.

Wir sind gleichfalls der Ansicht, daß es diesmal mit dem üblichen Dementi nicht getan sein wird. Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung Weismann hat die Pflicht, sofort zuzupacken und nicht erst durch ein langwieriges Verfahren den Schuldigen die Flucht zu ermöglichen, die ihnen von ihren Freunden nur zu sehr erleichtert werden wird. Nur dann haben Aktionen gegen verfassungseindliche Umsturzorganisationen von links ihre innere Berechtigung, wenn die Konterrevolutionäre auf der rechten Seite mit der gleichen Schärfe des Gesetzes angepaßt werden. Der Schutz der Republik darf nicht vor ein paar Offiziersnamen oder Studienrätinnen halt machen!

Was ist Bürokratie?

Ein bürgerlicher Stadtverordneter fragte kürzlich in einer Sitzung des Wiesbadener Stadtparlaments, was man denn eigentlich unter Bürokratie und bürokratischem Zopfe verstehe. Folgendes Beispiel dürfte ihm die gewünschte Aufklärung geben:

Ein Parteigenosse, der in der glücklichen Lage ist, Reichsnoteopfer zahlen zu können, begab sich zu diesem Zweck an einem Mittwoch auf den Weg, um Kriegsanleihe mit dem Zertifikat seiner Bank und den Rest in bar abzuliefern. Das Zertifikat genügte nicht; es mußte mit einer zweiten Bescheinigung versehen werden. Zurück also zum Finanzamt — das am Mittwoch geschlossen war! Am Samstag zweiter Opfergang! Doch wieder erlöst das ominöse Wort: „Geschlossen! Montag wiederkommen!“ Am Montag erhielt der Opferfreudige endlich die zweite Bescheinigung und begab sich sofort zur Regierungshauptkasse. Mittlerweile war es 12 1/2 Uhr geworden — geschlossen! Neuer Gang am Dienstag früh. Nach einigen weiteren Schwierigkeiten über die Abholung der noch vorhandenen Kupons ging es an die Bargeldzahlung, wo neue Instanzen im Sturm genommen werden mußten!

So wird den Steuerzahlern der Mut genommen; die „Verordnungen“ triumphieren; der Notenumlauf wächst und die Kassenkassette bleibt leer. Jener bürgerliche Stadtverordneter aber wird nun wissen, was ein bürokratischer Zopf ist.

Die Salome in neuer Fassung. Im Theater in der Königsgraber Straße spielt Rita Kichenbach jetzt Wilhelms Verführung des aravam-lästern-proverren Weibchens. Sie ist aber zu gesund und natürlich, um den heissen Athem der finnischen Pervertsität zu entweichen. So süß sie lüftet (wie ein Tiergartenmäddchen) und so starke Reize sie dem Schalelertanz abgibt, man steht nicht unter dem Banne der aufgeschlitzten Hosterie und der spielerisch-steinenden Verderbtheit des Verfallschöpfes. — Der fardensprächige Glanz der orientalischen Ausstattung, das Aufgebot aller Artisterie und vor allem Hartaus scharfe Charakterzeichnung des mollischen Schwächlings Herodes gaben Wilhelms Tragödie edelstes Gepräge. —

Der tägliche Reigenkandal. Aus Wien wird gemeldet: Die Kammerespiele wurden Mittwoch abend während der Vorstellung des „Reigen“ von jugendlichen Demonstranten, Anhängern der antisemitischen Dreipartei, gestört. Unter schrillen Pfeifen und Heulrufen drangen die auffallend jungen Burschen in das Theater ein, warfen sich am Parquet und in den Logen auf die Zuschauer, indem sie Stinkbomben schleuderten, rissen den Frauen die Kleider vom Leibe und verletzten einige der Besucher ganz erheblich. Ein Führer der Reigen-Demonstranten ist der ehemalige Graf Salm, dem ein Auge schwer verletzt wurde. Die Demonstranten warfen von den Logen aus Stühle auf die Bühne und verhielten sich den Fortgang der Vorstellung, der der Dichter selbst beigemohnt hatte. Die Feuerwehr suchte die Demonstranten dadurch zu verdrängen, daß sie Wasser in den Zuschauerraum spritzte. Die Polizei, die erst spät am Latort erschien, hatte Mühe, die vor dem Theater angesammelte Menge zu zerstreuen.

Die Lantienpflicht der kühnsten Kunstwerke wird von den Künstlern im Interesse der lebendigen Kunst erwidert. Eine Art Anerkennung hat das Prinzip bei der Ufa gefunden; sie überläßt die Gesamteinahme der Erstaufführung des Films „Die Verführung zu Genoa“ dem Schupverband Deutscher Schriftsteller. So bringt der tote Schiller, der bisher für Bühne und Verlag völlig frei war, auf dem Umweg über das Kino den lebenden, notleidenden Schriftstellern eine Lantiene ein.

Carnò und Puccini im Sterben. Nach Reno Fortes Nachrichten hat sich der Zustand Carnòs wieder verschlimmert. Er soll hoffnungslos sein. — Der Komponist Giacomo Puccini liegt, wie aus Mailand gemeldet wird, im Sterben.

Theater. Am Deutschen Theater finden demnächst Gastspiele der russischen Schauspielerin Elena Polewitskaja statt. Regie führt Dr. Ivan Schmidt vom Moskauer Dramatischen Theater.

Die Vorlesungsgebühren sollen nach einer Mitteilung des Studentischen Pressebüros in Preußen vorläufig nicht erhöht werden. Der Vorstand der Deutschen Studentenschaft hat dem Kultusministerium den Vorstoß unterbreitet, die Kolleggebühren nach den Einnahmen der Studenten und deren Eltern zu stellen. Dieser Vorstoß soll beraten werden.

Die neue Schar, über deren Bestrebungen, durch Tanzreigen und trübseliges Spiel die frante Welt zu turieren, mir berichten, hat sich von ihrem Führer Rud. Lombardi losgelöst. Seine Verbindlichkeit und sein Treiben auf der Leuchtburg bei Jena soll nicht nur bei den Spielern Aufregung und Zorn erregt haben.

Kommunistische Diktatur heißt: Knechtschaft der Arbeiter! Deshalb wählt G.P.D.

Die Ausweisungen in Oberschlesien.

Das Organ der von Polen gegründeten Oberschlesischen Volkspartei, die „Oberschlesische Post“, fordert im Anschluß an die Ausweisung des Majors Kofarski die Ausweisung des Studienrats Dr. Kleinwächter. Die „Grenzzeitung“ verlangt die Ausweisung des technischen Leiters des deutschen Bleibzitatkommissariats Dr. Schütt. Der Pariser „Temps“ stellt in Aussicht, die Interalliierte Kommission für Oberschlesien werde demnächst 7 Journalisten und 80 Politiker und Journalisten, die deutsch gesinnt sind, aus Oberschlesien ausweisen. Es scheint sich hier also um eine systematische Ausweisungsbewegung gegen Deutschgesinnte zu handeln, deren politische Tätigkeit man auf polnischer Seite fürchtet. Als Grund für die Ausweisungsanträge gibt man im allgemeinen an, daß es sich um Personen handle, die eine heimliche militärische Reserve in Oberschlesien organisieren. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß wilde militärische Organisationen in Oberschlesien ebenso wenig wie andernorts gebildet werden dürfen. Aber auffallend ist es immerhin, daß bei den „Stoßtrupps“-Unternehmungen, die auch heute noch in Oberschlesien keineswegs zu den Seltenheiten gehören, größtenteils Deutschgesinnte Schaden leiden. Es müßte doch nicht mit rechten Dingen zugehen, wenn es sich hier um einen Zufall handelte. Im übrigen: warum denkt man nicht, wenn einmal durchaus ausgewiesen werden soll, zunächst an den polnischen Agitator Kofarski, der in seiner berüchtigten Kofarski-Rede offen dazu aufforderte, die Deutschen mit Mistgabeln aus Oberschlesien auszutreiben?

Die Arbeitslosenfrage in England.

London, 17. Februar. (W.B.) Im Unterhause erklärte der Führer der Arbeiterpartei Clynes über die Arbeitslosigkeit, die Lage sei seit Dezember schlimmer geworden. Die Arbeiterpartei fordere für die Arbeitslosen entweder Arbeit oder hinreichende Unterstützung. Bevor die Frage der Erwerbslosigkeit nicht gelöst sei, könne in England kein Frieden sein. Er mache keinerlei Vorschläge zur Änderung des kapitalistischen Systems, wenn die Regierung jedoch nicht die Vorschläge der Arbeiter annehme, dann solle sie doch etwas Besseres vorbringen. Er wolle keineswegs die Klassendiktatur in Rußland verteidigen, aber Arbeitslosigkeit scheine in Rußland nicht zu herrschen. Clynes trat für die Wiederaufnahme des internationalen Handels und der Handelsbeziehungen zu Rußland ein.

Mc Namara stellte in Abrede, daß es von Seiten der Regierung an Vorbereitungen für die Lage gefehlt habe. Er sagte, ein Manifest veröffentlichten und tagtäglich eine praktische Politik ausarbeiten, sei zweierlei. Die Zahl der Erwerbslosen sei von 350 000 im Oktober vorigen Jahres auf 1 039 000 am 11. Februar gestiegen. Nicht einbezogen seien hierbei etwa 600 000 Arbeiter, die eine schematische verkürzte Arbeitszeit haben. Unter den 1 039 000 Erwerbslosen befänden sich leider auch 368 000 Kriegsteilnehmer. Das Arbeitsministerium tue sein Bestes, um die britische Industrie wiederherzustellen. In der Zwischenzeit werde ein Gesetzentwurf eingebracht, der eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung vorsehe.

Im Verlaufe der Debatte erklärte Barnes, den Mitgliedern der Arbeiterpartei sei es nicht gelungen, irgendeinen praktischen Vorschlag für die augenblickliche Lage zu bieten. Mit Bezug auf die Forderung, daß der Staat für eine angemessene Unterstützung der Erwerbslosen sorgen müsse, erklärte Barnes, es dürfe nichts unternommen werden, um den Ansporn zur Arbeit zu verringern. Der Wunsch nach Arbeit müsse vermehrt und nicht vermindert werden. Er wolle nicht die augenblickliche Gesellschafts- und Industrieordnung verteidigen, aber er glaube, man werde keine bessere Welt schaffen, wenn man die Welt, in der man jetzt lebe, nicht besser ausgestaltet. Die Regierung müsse die Unternehmungen tatkräftig unterstützen, die ärmeren Ländern behilflich sein wollen, englische Waren zu kaufen. Eine der Ursachen der augenblicklichen Krise sei der Mangel an Vertrauen, der aus den Gewerbestreitigkeiten entspringe. Er werde den von der Arbeiterpartei eingebrachten Änderungsantrag nicht unterstützen und hoffe, die Regierung werde sich mit dem, was bisher unternommen wurde, nicht begnügen.

Robert erklärte, die Arbeiter wären in dem irrigen Glauben, daß die Lösung des Problems in der Wiederaufnahme des Handels mit Rußland liege. Dem Volke den Glauben beizubringen, daß in Rußland überflüssige Lebensmittelvorräte vorhanden seien, käme einem Verbrechen gleich. Robert trat für freie Handelsbeziehungen mit anderen Völkern ein. Er sagte, das englische Volk müsse die Wahrheit erkennen, daß es nicht ohne Auslandshandel leben könne. (Barnes und Roberts waren früher Mitglieder der Arbeiterpartei.)

Vor der Londoner Konferenz.

Paris, 17. Februar. (W.B.) Marcell Hutin schreibt im „Echo de Paris“: Hohe Persönlichkeiten hätten ihm gesagt, angesichts der verschiedenen Standpunkte in der Orientfrage habe es den Anschein, daß die Londoner Konferenz nur die Delegierten von Konstantinopel und Angora hören werde, um Unterkommissionen einzusetzen, die neue Vorschläge vorbereiten sollen. Die Entscheidungen werden also wahrscheinlich aufgehoben.

Die deutschen Vorschläge in der Reparationsfrage würden von den Forderungen der Alliierten in solchem Grade abweichen, daß Frankreich nicht zurückweichen werde. Ministerpräsident Briand werde sich in die Grenzen des Abkommens von Paris halten. Wenn die Deutschen mit einem kategorischen Nein London verlassen würden, sei anzunehmen, daß die französischen Unterhändler nach Paris zurückkehren würden und das Ministerpräsident Briand unterzüglich das Parlament unterrichten werde. Man fasse die Möglichkeit ins Auge, daß die englischen Freunde die Sanktionen nicht sofort spielen lassen würden, die im Abkommen von Paris vorgesehen seien. Wenn England beispielsweise Besatz ergebe von den Zollnehmern eines großen deutschen Hafens, und wenn Frankreich für den Anfang beginne, die Hand auf eine industrielle Großstadt zu legen, die für die Kohlenlieferung für Bayern und andere deutsche Staaten in Frage komme, dann werde die deutsche Regierung sich wohl die Sache überlegen und ohne Zweifel nach London zurückkehren, um auf einer Grundlage zu verhandeln, die sich den Pariser Dispositionen anpasse.

London, 18. Februar. (W.B.) Das Reutersche Bureau erfährt, daß die bevorstehende Londoner Konferenz im St. James Palace stattfinden wird, den der König zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt hat. Für die Presse werden Einrichtungen getroffen. Die deutsche Delegation wird im Savoy-Hotel untergebracht werden. Marshall Foch und General Weygand werden an der Reparationskonferenz teilnehmen.

Groß-Berlin

Die Millionenzentrale.

Gefälschte Ein- und Ausfuhrbewilligungen. — Gummistempel und Amtssiegel. — Künstliche Pässe.

Die Ein- und Ausfuhrbewilligungen stehen heute bei der Schieberzunft als Handelsobjekt in hohem Ansehen. Sie werden deshalb mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gefälscht und repräsentieren oft Millionenwerte. Die neueste Entdeckung, die die Berliner Kriminalpolizei auf diesem weitverzweigten Gebiet machte, stellt aber alles in den Schatten, was die Kriminalistik bisher aufzubeden in der Lage war. Es handelt sich um die Verhinderung einer 100-Millionen-Schleife, dargestellt durch eine Einfuhrbewilligung von über 6000 Tonnen Auslandszucker. Beamte der Abteilung W des Berliner Polizeipräsidiums hatten erfahren, daß eine Einfuhrbewilligung über 6000 Tonnen Auslandszucker einem hiesigen Großgeschäft angeboten worden war. Es stellte sich heraus, daß es sich nur um eine Fälschung handeln könne. Um' sich die Fälschungszentrale ausfindig zu machen, wurde die Beschlagnahme verheimlicht und die Lieferanten wurden er sucht, noch eine besondere Bescheinigung für die ungehinderte Einfuhr zu beschaffen. Aber auch diese war in wenigen Stunden zur Stelle. Die Uebergabe der Bescheinigung, die in einem Koffer am Kurfürstendamm stattfand, führte sodann zunächst zur Verhaftung der beiden Lieferanten der Fälschungen, des Kaufmanns Otto v. Gutzeit aus der Saldernstr. 2 und des Zindruckers Bunte aus der Wilmersdorfer Str. 21. Die weiteren Ermittlungen und Nachforschungen der Beamten der Abteilung W führten dann auch bald nach der eigentlichen

Fälscherzentrale

am Tegeler Weg 10 zu Charlottenburg, im wahrsten Sinne des Wortes eine Millionenzentrale. Ein Schlosser Borchert hatte dort von einer Witwe ein Zimmer gemietet und in diesem stellte er zusammen mit dem Zindrucker Bunte die Fälschungen her. Diese waren sehr täuschend nachgemacht. Eine Durchsuchung der Wohnung führte auch zur Beschlagnahme der besten technischen Hilfsmittel. Außer einer Trockendampfpresse wurden zahlreiche Gummistempel gefunden. So u. a. auch ein Rundstempel mit einem Reichsadler und die Umschrift: „Reichskommissar für Ein- und Ausfuhr Berlin“. Dieser und Faksimile-Unterschriften des Geheimrats Trendelenburg und eines Herrn von Sperling hatten die Verhafteten zur Anfertigung der falschen Ein- und Ausfuhrbewilligungen benutzt. Außer diesen Stempeln wurde noch eine ganze Reihe weiterer „Amtssiegel“ vorgefunden und beschlagnahmt. Sein Besitzer, der angebliche Schlosser Borchert, gibt an, das gesamte Stempelmaterial von der „Allegalen kommunistischen Partei“ erhalten zu haben, um seinen Gefinnungsgenossen durch Ausfertigung falscher Ausweise das Fortkommen zu erleichtern. Aus dieser Stempelfabrik sei ihm auch das Hilfsmittel zur Anfertigung der falschen Ein- und Ausfuhrbewilligungen geliefert worden. Bei dem Verhafteten wurden in einem Koffer sorgfältig verpackt noch nachgemachte Gummistempel mit nach folgenden Anschriften vorgefunden: „Generalkonsulat der Polnischen Republik“, „Polizeipräsidium Danzig“, „Deutsche Poststelle in Danzig“, „Königlich-Preussisches Standesamt III, Rixdorf“, „Republikanische Soldatenwehr, Neukölln“, „Batterie- und Munitionskolonie, 7. Batterie I, Fuharstr.-Regt. Der Kommandeur“, sowie vorgedruckte Sichtvermerke deutscher und polnischer Poststellen in deutscher und polnischer Sprache. Mit Hilfe dieser Stempel und der dazu beschlagnahmten Sprüche waren die Fälscher in der Lage, „vollgültige“ Ausweispapiere aller Art zu liefern. Eine Meisterleistung aber waren die eigenen Papiere des angeblichen Schlossers Borchert. Der Verhaftete, der die gesamten Ausweispapiere auf diesen Namen, von der Geburtsurkunde bis zum Militärpaß besaß, wurde als ein gewisser Brauser aus Danzig entlarvt. Brauser spielte seinerzeit, als Herr Eichhorn noch Polizeipräsident von Berlin war, am Polizeipräsidium eine große Rolle, damals noch unter seinem richtigen Namen. Er war

Geheimer Kurier

und wurde zu wichtigen Aufträgen benutzt. Bei solchen hatte er sich auch Papiere aus der Reichskanzlei anzueignen verstanden. Brauser, der verheiratet ist und bei seiner Frau in der Cobiner Straße gemeldet war, ließ sich dort aber nur selten sehen und hauste als Schlosser Borchert am Tegeler Weg in Charlottenburg. Jetzt hatte er wohl vor, Berlin zu verlassen, denn die ganzen Papiere und alle Stempel waren in einem großen Koffer abriefertig verpackt. In diesem Koffer wurden u. a. auch Papiere gefunden, die die Beziehungen Brausers zu kommunistischen Kreisen bezeugten. Durch die Aushebung der Fälscherzentrale ist das Reich vor weiterem großen Schaden bewahrt worden.

Nächtliche Streife Unter den Linden.

Das nächtliche Treiben Unter den Linden, das gegen Mitternacht besonders an der Kreuzung mit der Friedrichstraße seinen Höhepunkt zu erreichen pflegt, hatte sich in der letzten Zeit wieder in einer solch lässigen Weise breitgemacht, daß sich die Kriminalpolizei veranlaßt sah, wieder einmal eine gründliche Säuberung vorzunehmen. An dieser Hauptverkehrsstelle Berlins versammelte sich allabendlich in dichtgedrängten Gruppen ein lichtscheues Gesindel, bestehend aus Straßenmädchen mit ihren nächtlichen „Beschützern“, geschminkten Jünglingen und anderen zweifelhaften Gestalten sowie wilden Händlern und Händlerinnen, die diesen Platz zur Errichtung einer Filiale der Schönhauser Straße für geeignet hielten. Hornlose Passanten, die nach Schluß der Wirtschaften und Kaffeehäuser in großer Menge dort vorüberkommen, wurden von den Händlern in ganz dreister Weise belästigt und ihnen Sachen aller Art, gestohlene und Reppware, die die Verkäufer, um sie als wertvoll erscheinen zu lassen, ganz offen als gestohlene anpriesen, in ganz unbilliger Weise angeboten.

Unter diesem nächtlichen Gesindel wurde nun in der vergangenen Nacht wieder einmal gründlich aufgeräumt. Unter Leitung des Kriminalkommissars Dr. Helzen von der Abteilung W des Berliner Polizeipräsidiums wurde mit einem Aufgebot von etwa 200 Beamten das ganze Viertel unauffällig umstellt. Als dann wenige Minuten vor Mitternacht, die auch diesem Gesindel bekannten Polizeipfeifen ertönten, gab es eine sehr lebhafteste Bewegung. Burchen und Mädchen liefen um die Wette, um im letzten Augenblick noch irgendwie zu entklimpfen. Als sie aber in allen Seitenstraßen auf eine dicht geschlossene Kette von Beamten der Kriminal- und der Schutzpolizei stießen, versuchten einige von ihnen diese mit Gewalt zu durchbrechen, natürlich vergeblich. Andere wieder suchten Unterschlupf in den Häusern. Schließlich war eine Menge von über 300 Personen an der Ecke der Neustädtischen Kirchstraße zusammengedrängt worden. Hier wurden die Personen, die sich durch voll-

gültige Ausweise legitimieren konnten, entlassen, alle anderen aber auf bereitgehaltene Lastkraftwagen verladen und nach dem Polizeipräsidium gebracht.

Tariferhöhung bei der Stadtbahn!

Von gutunterrichteter Seite wird gemeldet, daß sich die Eisenbahnverwaltung zurzeit mit Vorschlägen beschäftigt, die auf eine vollständige Neuordnung der Stadt-, Ring- und Vororttarife für Berlin und Hamburg hinauslaufen. Leider werden sich hierbei Erhöhungen nicht umgehen lassen. Die Einführung der neuen Tarife, über deren Höhe und Art der Durchführung Näheres noch nicht feststeht, soll tunlichst gleichzeitig mit den Fahrpreiserhöhungen im Fernverkehr, also voraussichtlich zum 1. Juni, erfolgen.

Das Ringbahnelend.

Bei dieser Gelegenheit sollte die Eisenbahnverwaltung sich auch einmal mit einer vollständigen Neuordnung der immer unhaltbarer gewordenen Verkehrsverhältnisse auf Stadt-, Ring- und Vorortbahn beschäftigen. Die Klagen darüber mehren sich in der letzten Zeit in erschreckendem Maße. Will man nicht oder kann man nicht? — So schreibt uns ein Leser. — Das ist die Frage, die sich täglich tausende Arbeiter und Anwohner stellen, die das zweifelhafte Verlangen haben, von einer Ringbahnstation nach der Innenstadt zur Arbeit fahren zu müssen. Tausende, die zur Arbeit fahren, drängen sich täglich auf den sehr oft noch dunklen Treppen des Bahnhofs Stralau-Rummelsburg. Das ist morgens und abends zu den Hauptverkehrszeiten immer dasselbe. Arbeit allein kann uns retten. Gut, aber dazu gehört auch das eine, daß das zur Arbeit kommen nicht allzu schwer gemacht wird. Schon der unregelmäßige Ausverkehr beweist, daß die meisten Züge überfüllt sind. Ist man glücklich drin in den noch immer ungeheizten Waggons, so geht es (Schreiber dieses fährt von Gesundbrunnen nach Warschauer Straße) in nicht allzu schneller Fahrt nach Stralau-Rummelsburg. Durch den Rauch und die Ausdünstungen in den überfüllten Waggons etwas warm geworden, muß man auf Stralau-Rummelsburg den Zug verlassen. Um den Zug nach der Stadt zu benutzen, muß man die oben angeführten Mißstände mitmachen. Endlich unten, hat man schließlich auch noch den erschrecklichen Anblick, den Zug davonfahren zu sehen. Man ist also gezwungen, wieder 7 bis 10 Minuten in der Kälte und dem Zug auf den nächsten Zug zu warten. Früher hat eine Fahrt von Gesundbrunnen bis Warschauer Straße 22 Minuten gedauert, jetzt das Doppelte. Diese Zeit teilt der Arbeiter zu seiner schicksaligen Arbeitszeit zu. Aber warum? Die Vorkriegszüge sind drückend voll, während die Vorkriegszüge durch die Vororte in Stralau-Rummelsburg meist halb leer sind.

Könnten nicht in den Hauptverkehrszeiten, morgens und nachmittags, Nordring- und Südringzüge angelegt werden?

Im Schlafe verbrannt.

Ein größerer Brand, der leider auch ein Menschenleben als Opfer forderte, beschäftigte heute die Berliner Feuerwehr. Früh um 5½ Uhr wurde die 2. Kompanie nach der Köpenicker Straße alarmiert, wo in einem Fabrikraum der dortigen Maschinenfabrik Verschläge und Fußböden brannten. In einem Verschlag wurde die verkohlte Leiche des Wächters Leutchner aufgefunden. Vermutlich hat der Verbrannte nachts auf einem Spizkissenlocher sich Kaffee gewärmt und ist dabei eingeschlafen. Im Schlafe wird er dann den Spirituslöcher unmerklich haben, wobei seine Kleider in Brand gerieten und der Wächter vollständig verbrannte. Das Feuer konnte vom 5. Löschtage auf die Verschläge beschränkt werden. — Gestern abend um 8 Uhr entstand Feuer im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater in der Chausseestraße 70. Dort hatte wahrscheinlich ein Besucher eine brennende Zigarette fortgeworfen, die im Vorquett des Theaters Papierreste und dazwischen zwischen dem Fußboden und Heizungsrohren in Brand gesetzt hatten. Die anwesende Feuerwehr ermittelte schnell den Feuerherd und es glückte, die große Gefahr bald zu beseitigen, ohne daß die Besucher beunruhigt wurden.

Wichschleibungen auch in Berlin?

Bei der Staatsanwaltschaft des Landgerichts III schwebt gegenwärtig ein Verfahren gegen mehrere Personen, die während der Zwangswirtschaft mit dem Berliner Viehhandelsverband und dem Magerviehhof in Verbindung standen. Während des Krieges wurde mit Beizung der Zwangswirtschaft für Fleisch eine Viehstommesstelle auf dem Magerviehhof eingerichtet und der Provinzial-Viehhofstelle unterstellt. Sowohl der Leitung des Magerviehhofes als auch dem Viehhandelsverband werden nun Vorwürfe gemacht, daß unter ihrer Amtsführung grobe Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, deren Aufdeckung erst vor einigen Monaten erfolgte.

Im Zusammenhang damit werden gegen die Leitung des Magerviehhofes Vorwürfe erhoben, daß man während der Zwangswirtschaft die bei den Viehtransporten entstandenen Gewichtsverluste nur sehr oberflächlich, zum Teil gar nicht verbucht und daß so der Allgemeinheit erheblicher Schaden entstanden ist. So habe der Magerviehhof im Sommer 1917 bei einem Einkauf von 800 bis 1000 Rindern durch den Umstand, daß die Gewichtsverluste nicht festgestellt wurden, 100 000 M. verloren.

Jugendinternationale zweieinhalb.

Die Moskauer Diktatoren haben neben einigen politischen Parteien auch eine Anzahl Jugendorganisationen von der Aufnahme in den heiligen Bund der Dritten Internationale ausgeschlossen. Trotz wiederholter Aufnahmegeränge stehen die Betroffenen noch heute unglücklich vor den Toren Moskaus. Es handelt sich vor allem um die kleine Gruppe der „Sozialistischen Proletarierjugend Deutschlands“, den Verband der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands, die „Nationale Föderation der sozialistischen Jugend Frankreichs“ und eine deutschböhmisches Gruppe. Statt daß sich diese Leute nun zurückfinden zu den alten Grundrissen der sozialistischen Jugendzweigung und demgemäß Anschluß suchen bei der jetzt gebildeten Arbeiterjugendinternationale, sind jetzt dabei, mit ihrem Bäckerdübel eine neue Internationale zu gründen. Die französische Organisation ladet zu einer Konferenz am 22. Februar in Wien ein. Als Ziel wird der Wiederaufbau der „Internationalen Union der sozialistischen Jugend“ nach den Grundrissen der Stuttgarter internationalen Jugendkonferenz im Jahre 1907 bezeichnet. In der Praxis bedeutet das natürlich die Schaffung einer neuen internationalen Verbindung, die nichts weiter als eine weitere Zersplitterung mit sich bringt. Lebensfähig wird sie niemals werden. Dennoch werden wir mitteilen, wir schlagen der Konferenz vor, das Kind „Internationale zweieinhalb, Zusammenschluß der Unentschlossenen“ zu nennen.

Verurteilte Bankräuber. Wegen des Einbruchs in die Filiale der Dresdener Bank in der Landsberger Straße verurteilte das Gericht den Angeklagten Wendi zu 4½ Jahren Zuchthaus, Przewosnik zu 3 Jahren Gefängnis. Die übrigen drei Angeklagten wurden freigesprochen.

Ein Steidl-Theater in Berlin. Die bisherige „Schaubühne am Vorplatz“ gelang ab 19. Februar als Steidl-Theater erneut zur Gründung. Direktor ist Fritz Steidl, den Berlinern von seiner Tätigkeit am Metropol-Theater noch in guter Erinnerung. Fritz Steidl wird das Repertoire der Bühne mit seiner Gesellschaft bestreiten.

